25. Oktober 2025

Das Heilbronner Treffen der Initiative „Mehr Diplomatie wagen“

Im Zentrum der Veranstaltung standen die SPD-Politiker Rolf Mützenich und Ralf Stegner, flankiert vom baden-württembergischen Verkehrsminister und Pazifisten Winfried Hermann (Grüne), Oberbürgermeister Harry Mergel und dem Medienwissenschaftler Ulrich Bausch. Die Veranstaltung zeigte ein Netzwerk von Akteuren, die sich gegen die zunehmend militärisch geprägte Sicherheitslogik der Bundesregierung positionieren und eine Rückkehr zu verhandlungsorientierten, multilateralen Ansätzen fordern.

Mützenich formulierte die sicherheitspolitische Grundspannung zwischen Abschreckung und Diplomatie. Er betonte, dass Friedenssicherung nur dann glaubwürdig bleibe, wenn Abschreckung durch diplomatische Initiative flankiert werde. Seine Referenz auf die Präambel des Grundgesetzes – „dem Frieden in der Welt zu dienen“ – verband verfassungsrechtliche Norm mit strategischer Realität. Er kritisierte die reflexhafte Entscheidungslogik vieler Politiker und Medien und sprach von einem gefährlichen Gleichklang der Talkshows. Die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland ab 2026 müsse in eine europäische Abrüstungsinitiative überführt werden. Diese Forderung knüpfte an die Tradition des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 an. Er forderte darüber hinaus, Rüstungsgewinne zu verstaatlichen, um die demokratische Kontrolle über militärökonomische Interessen wiederherzustellen. Mützenichs Ansatz zielte auf eine strukturelle Friedenssicherung, die militärische Mittel nicht ausschließt, sie aber der politischen Vernunft unterordnet.

Stegner analysierte die gesellschaftlichen und psychologischen Dimensionen der gegenwärtigen Kriegsangst. Er stellte fest, dass diese im Osten und Norden Deutschlands stärker ausgeprägt sei als im Westen und bezeichnete Angst ausdrücklich als Ausdruck der Vernunft. Diese Haltung mündete in das Konzept der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“, das aus den 1980er Jahren stammt und militärische Zurückhaltung institutionalisieren soll. Er sprach sich für militärische Unterstützung der Ukraine in Form von Luftabwehr aus, lehnte jedoch eine Kriegslogik des Siegens ab. Er warnte vor der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen ohne Vorwarnzeit, da sie die Sicherheit Deutschlands gefährden und zu einer Eskalationsspirale führen würden. Seine Lösungsvorstellung war ein neues diplomatisches Angebot der NATO an Russland, das an Helmut Schmidts Politik der „Verknüpfung von Härte und Verhandlung“ anknüpft. Stegner betonte die Notwendigkeit vertraulicher diplomatischer Gespräche und forderte, dass Deutschland sich stärker in solche Prozesse einbringt. Gleichzeitig kritisierte er die selektive moralische Empörung westlicher Staaten über Kriegsverbrechen in der Ukraine bei gleichzeitiger Sprachlosigkeit gegenüber dem Gaza-Krieg. Seine Haltung verband moralischen Realismus mit außenpolitischem Pragmatismus.

Winfried Hermann, Mitglied der Grünen und langjähriger Befürworter einer zivilen Friedenspolitik, übte scharfe Medienkritik und forderte die Rückkehr zu einer offenen außenpolitischen Debatte. Mit der Aussage „Wenn alle das Gleiche sagen, denkt keiner mehr“ bezeichnete er den Zustand öffentlicher Diskurse als von „Meute-Journalismus“ geprägt. Hermann wies darauf hin, dass 2001 Russland die Hand nach Europa ausgestreckt habe, die USA und Europa diese jedoch ausgeschlagen hätten und stattdessen völkerrechtswidrige Kriege führten. Seine Diagnose: Die westliche Außenpolitik orientiere sich weniger an Werten als an Interessen. Er forderte eine „soziale Verteidigung“, die zivile Strukturen, Infrastruktur und gesellschaftliche Resilienz schützt. Die Wiederbelebung der Wehrpflicht nannte er ein rückwärtsgewandtes Konzept aus dem 19. Jahrhundert. Hermann betonte die Notwendigkeit einer Friedenskultur, wie sie in den 1960er und 1970er Jahren gewachsen sei, und forderte eine neue politische Erzählung, um die Jugend für friedenspolitisches Engagement zu gewinnen. Seine Kritik am moralischen Überbau westlicher Kriege – von Serbien über Afghanistan bis heute – zielte auf eine historische Selbstkorrektur grüner Außenpolitik.

Ulrich Bausch, SPD-Mitglied und Medienwissenschaftler, stellte den geopolitischen Kontext her. Er analysierte die US-amerikanische Hegemonialpolitik seit den 1990er Jahren als strukturprägenden Faktor der heutigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Er verwies auf die strategischen Leitlinien von Paul Wolfowitz und Zbigniew Brzezinski, die auf die globale Vormachtstellung der USA zielen. Unter Donald Trump habe die Heritage Foundation diese Linie verschärft – mit dem Ziel, oppositionelle Stimmen aus Militär, Justiz und Regierung zu entfernen und geopolitische Kontrolle auch über Europa zu sichern. Bausch erinnerte an das Gespräch zwischen George Bush sen. und Helmut Kohl, in dem festgelegt worden sei, dass Deutschland trotz des Endes des Kalten Krieges in der NATO verbleiben müsse. Diese Entscheidung, so Bausch, habe die Chance auf eine europäische Friedensdividende verhindert. Dies festzustellen sei kein Anti-Amerikanismus, sondern eine Kritik an der europäischen Abhängigkeit von US-Strategien, die sich in der Ukraine-Politik fortsetzt.

Oberbürgermeister Harry Mergel betonte die kommunale Dimension des Friedensbegriffs. Frieden beginne in Städten, durch zivilgesellschaftliche Netzwerke, Bildung und lokale Dialogräume. Seine Position war pragmatisch und bodennah: Er forderte, dass Kommunen als Orte diplomatischer Sozialisation gestärkt werden. Mergel stellte die Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen als Schlüssel für Verständigung und gesellschaftliche Stabilität heraus.

Am Ende der Veranstaltung wurde die Heilbronner Erklärung verabschiedet. Sie beinhaltet die Ablehnung eines neuen Rüstungswettlaufs, ein Nein zur gesellschaftlichen Militarisierung, den Verzicht auf die Mittelstreckenstationierung 2026 sowie die Forderung nach einer sofortigen deutschen diplomatischen Initiative gegenüber Russland, die dessen Sicherheitsinteressen respektiert. Die Erklärung fordert zudem eine Wiederaufnahme der Entspannungspolitik und eine breite

innerparteiliche Diskussion über das Manifest der SPD-Friedenskreise. Ziel ist die institutionelle Verankerung einer friedenspolitischen Plattform innerhalb der SPD und die Förderung einer europäischen Friedensordnung unter Einbeziehung der OSZE als inklusives Sicherheitsforum.

Das Heilbronner Treffen zeigt, dass sich innerhalb der SPD eine Strömung konsolidiert, die das Primat der Diplomatie über militärische Eskalation stellt und die Friedenspolitik als zivilisatorisches Korrektiv gegen eine technokratische Sicherheitslogik begreift. Es war weniger ein Appell an Emotionen als ein Versuch, sicherheitspolitische Rationalität neu zu definieren – gegen die Gleichzeitigkeit von Aufrüstung und Angst, und für die Wiederentdeckung der politischen Vernunft als strategische Ressource.

AK Zivile Sicherheitspolitik im SPD-KV Freudenstadt